

Die Ehe abschaffen - warum eigentlich nicht?

Die mediale Kampagne zur Durchsetzung einer Homo-„Ehe“ läuft weiter auf Hochtouren. Was immer man liest oder schaut, das Thema gleichgeschlechtlicher Beziehungen ist allgegenwärtig. Nachdem sich nun auch - wenig überraschend - die *Wirtschaftswoche* in einer Titelgeschichte mit dem Thema beschäftigte, griff ich gestern mal zu *Focus Money*. Was soll ich sagen? Auf Seite 3...Sie wissen schon... Und selbst bei Radio Vatikan schlugen diese Woche die Wogen hoch, hatte die Redaktion doch auf ihrer Internetseite zur Illustration eines Beitrags das Foto zweier sich küssender junger Frauen veröffentlicht. Das Thema ist omnipräsent, und ich gebe zu, dass es mir als Medienmenschen, der auch ein wenig von Marketing und Lobbyarbeit versteht, Hochachtung vor der Leistung der Homo-Aktivisten abnötigt, ein - objektiv betrachtet - Randthema derart in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und politischen Interesses zu rücken. Das muss denen erstmal einer nachmachen.

Zum Thema selbst ist aus meiner Sicht alles gesagt. Die Homo-„Ehe“ wird auch in Deutschland kommen, daran habe ich nicht mehr den geringsten Zweifel. Was mich aber zum Denken angeregt hat, sind Diskussions-Beiträge, die man in jüngster Zeit immer mal wieder in den Internetforen und sozialen Netzwerken der Homo-„Community“ lesen kann. Da fordern Leute, die traditionelle Ehe als staatliches Institut ganz abzuschaffen und durch eine Art privatwirtschaftlichen Vertrag zu ersetzen. #ehefüralle wäre dann problemlos umzusetzen. Der Gesetzgeber gibt dem Ganzen einen neuen Namen, nennen wir es hier mal „Die Verbindung“, und jede Art von Lebensgemeinschaft, die möchte, könnte sich qua Vertrag zum Rechtsinstitut „Verbindung“ erklären - mit allen Rechten, ausgerichtet auf Gemeinschaften, die „sich lieben und füreinander Verantwortung übernehmen“ oder so. Der Staat definiert dann, wie das im Einzelnen mit Steuerfreibeträgen, Rentenansprüchen und was auch immer sein soll. Vorbei die Zeit der Diskriminierung, alle Menschen werden Brüder, Schwestern und „Verbundene“. Ganz im Ernst: Warum eigentlich nicht? Die Ehe wäre dann etwas, das nur noch von den Kirchen gespendet wird, losgelöst vom Staat, wobei die kirchlich getrauten Ehepartner (Mann und Frau) dann natürlich staatlicherseits behandelt würden, wie eine „Verbindung“. Ich halte diesen Gedanken zumindest für diskussionfähig und freue mich, Ihre Meinung dazu zu erfahren!

N 24 weiß, was Frauen wünschen

Eine neue Studie aus Allensbach bestätigt, was jeder weiß, der mit offenen Augen durch diese Gesellschaft geht. Die traditionelle Familie aus Mann, Frau und Kindern lebt nicht nur, sie ist weiterhin ein wahres Erfolgsmodell. Und spätestens mit der Geburt des erstens Kindes nehmen die meisten Paare die tradierten Rollenmodelle an - ER, der Berufstätige und „Ernährer“, SIE, die Frau, die sich um ihre Kinder kümmert. Das Interessanteste dabei: die Paare entscheiden sich freiwillig und einvernehmlich für dieses Modell, weil nämlich insbesondere die Frauen die Zeit mit ihren kleinen Kindern nicht als Last,

sondern als großes Glück empfinden. Völlig zu recht, wie ich anfügen möchte. Umso erstaunter war ich vorhin, als ich die N24-Nachrichten schaute. Die „melden“ nämlich als wesentliche Aussage der Studie: Frau möchten mehr arbeiten. Manchmal bin selbst ich sprachlos...

Wochenende der Entscheidungen - Teil 2: Herr Tsipras!

Das Wesen der Politik moderner Prägung ist in Europa der unbedingte Wille zum Kompromiss. Egal, wie verfahren die Lage ist, egal, wie weit der Zeiger der Uhr fortgerückt ist, es wird palavert. Und oft ist es gut so. Jeder weiß, dass Experten irren und Politiker objektiv falsche Entscheidungen treffen können. In der Griechenland-Thematik ist nun der Zeitpunkt gekommen, eine Auszeit zu nehmen. Alle Beteiligten haben verhandelt bis zur Erschöpfung. Das Auftreten griechischer Delegationen in Brüssel war dabei bisweilen hart an der Unhöflichkeitsgrenze, auf jeden Fall aber von einer demonstrativen Überheblichkeit, die durch nichts zu rechtfertigen war und ist. Nun haben die Griechen entschieden, ihr gutes Recht. Alle Fakten lagen vorher auf dem Tisch, jeder, der gestern bei der Volksabstimmung die Reform-Forderungen abgelehnt hat, und das waren immerhin 60 Prozent, wusste, was er oder sie tat. Wenn jetzt aus Brüssel neue Verhandlungen angeboten würden, wäre es eine völlige Pervertierung der eigenen Grundsätze. Wenn ich als Privatperson hoch verschuldet bin, sagt mir die Bank, was ich tun muss, um weiter Geld zu bekommen. Das ist Geschäftsgrundlage. Nun werden Sie sagen: das kann man doch nicht mit Staaten vergleichen, und Sie haben Recht. Natürlich nicht, hier geht es um ein großes politisches Gesamtkunstwerk bis hin zu militärischen Bündnisverpflichtungen. Aber EU, IWF und EZB sind im Moment nicht am Zug. In Griechenland gehen gerade die Lichter aus. Sein Volk hat gestern auf den Schalter gedrückt und Herrn Tsipras mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Dann soll er jetzt mal zeigen, was er drauf hat, um sein Land durch die Krise zu führen. Kanzlerin Merkel und Frankreichs Staatschef Hollande treffen sich heute Abend in Paris, um über die Griechenland-Krise zu sprechen. Mein Rat: Öffnet eine gute Flasche Rotwein und genießt das herrliche Sommerwetter. Es gibt so viele andere Themen, über die es sich zu reden lohnt.

Nehmt dieser Frau endlich den Titel weg

Bundesfamilienministerin Manuel Schwesig (SPD) will sich nun für 24-Stunden-Kitas stark machen. Das sind Kindergärten, in denen Eltern ihre Kinder abgeben, damit sie dort den kompletten Tag verbringen, ihre Mahlzeiten bekommen und auch übernachten. Damit steht ein neuer Höhepunkt im Bemühen um die vollständige Verstaatlichung der Kindererziehung in Deutschland bevor. Nur noch die Berufstätigkeit der

Eltern und ihr Streben nach Selbstverwirklichung zählen, was gut für das Kind ist, interessiert Leute wie Frau Schwesig nicht, die sich, nebenbei bemerkt, damit komplett in den Dienst der ökonomischen Erfordernisse stellt. Man solle ihr den Titel „Bundesfamilienministerin“ endlich aberkennen. Was fehlt jetzt noch? Vielleicht die Sieben-Tage-Kita, wie es sie in der DDR gab? Oder man nimmt Eltern die Kinder grundsätzlich gleich nach der Geburt weg, damit sie ihre Eltern nicht so beim Geldverdienen stören.

Olympia wird nun privat

Das war ein Paukenschlag zwischen all den Griechenland-Beiträgen, die derzeit Deutschlands Medien dominieren. Der Spartensender Eurosport sicherte sich die Übertragungsrechte für die Olympischen Sommer- und Winterspiele von 2018 bis 2024. ARD und ZDF hatten trotz ihrer mit Zwangsgebühren prall gefüllten Geldsäcke das Nachsehen. Der Überraschungscoup, der bei unseren öffentlich-rechtlichen Sendern für ungläubiges Staunen sorgte, gelang, weil der amerikanische „Discovery“-Konzern mitbot und für die Übertragungsrechte 1,3 Milliarden Euro auf den Tisch blätterte. Ich gönne Eurosport den Erfolg von ganzem Herzen, zumal dort auch bisher Sport in größerer Breite als Fußball- oder Formel 1-fixiert stattfand. Die Fachkompetenz ist vorhanden, was vielleicht an Moderatoren und Technikern, die so ein Großereignis wuppen können, noch fehlt, werden sie sich einkaufen.

Wichtig ist: die Wettkämpfe werden auch unter privater Federführung im Großen und Ganzen frei empfangbar sein.

Wichtig ist: Der große Sport kommt nun da hin, wo er hingehört: die den kommerziellen Sendern, die für die Rechte selbst bezahlen, und die mit der Ausstrahlung vermutlich sogar Geld verdienen werden.

Wichtig ist: ARD und ZDF haben noch die Möglichkeit, sich die Übertragungsrechte für einige Wettkämpfe zu kaufen – bei Eurosport.

Wichtig ist: Marktwirtschaft.

Die Stunde der Komödianten ist vorbei

Alexis Tsipras hat's verbockt. Der griechische Ministerpräsident hat sich überschätzt, er hat gedacht, mit Taschenspielertricks und jugendlichem Elan könnte er Euro-Länder, IWF und EZB auf öffentlicher Bühne vorführen. Aber er hat sich getäuscht und sein Land an den vorläufigen Abgrund geführt. Vorläufig deshalb, weil auch eine eintretende Zahlungsfähigkeit in der kommenden Woche nicht zwingend bedeutet, dass Griechenland aus dem Euro ausscheiden muss. Aber es bedeutet, dass die Gläubiger nicht

mehr bereit sind, Herrn Hokuspokus Tsipras weiter gutes Geld nachzuwerfen. Spät hat man die Notbremse gezogen, manche sagen zu spät. Kann sein, aber die unmittelbaren Folgen für Deutschland sind überschaubar, echte Milliardenverluste wären laut Finanzplanung des zuständigen Bundesministeriums erst ab 2020 zu verbuchen. Bis dahin weht noch viel Staub über die Akropolis. Die EU-Länder, die NATO sowieso und wohl auch eine Mehrheit in der Euro-Gruppe wollen Griechenland weiter als gleichberechtigten Teil der europäischen Staatenfamilie behalten. Aber mit den Dilettanten der momentanen Regierung wird das nichts. Was jetzt passieren muss? Bei der Volksabstimmung sollte das griechische Volk klar bekennen, dass es weiter zu EU und Euro gehören möchte. Spricht sich die Mehrheit gegen die „Nein“-Empfehlung von Tsipras aus, muss es nach normalem demokratischen Verständnis Neuwahlen geben. Dabei hätten die Griechen die Chance, sich wieder eine seriöse Regierung zu wählen, die ein Partner für neue Verhandlungen über Geld und notwendige Reformen sein könnte.

Es wird Zeit, der Naivität abzuschwören

Und nun also auch Frankreich. Der amerikanische Geheimdienst NSA hat nicht nur deutsche Spitzenpolitiker, sondern auch die unsere französischen Nachbarn abgehört. Das ist empörend unter Verbündeten, die ja angeblich sogar so etwas wie „Freunde“ sein wollten. Nun, Freunde spioniert man nicht aus. Aber ich habe an das „Freunde“ auch nie geglaubt. Staaten unterhalten keine Freundschaften, sondern Beziehungen. Und Regierungen kümmern sich, wenn es gut läuft – um die Interessen ihres eigenen Landes. Insofern ist auch Spionage keine wirkliche Überraschung. Deutschland, Frankreich und andere Verbündete der Großmacht USA sollten sich darauf einstellen. Abschied nehmen von Illusionen und Naivität und auf Basis einer realistischen Weltsicht die eigenen Fähigkeiten zur Informationsbeschaffung ausbauen, vor allem aber technisch aufzurüsten und zu verhindern, dass andere Staaten höchste Regierungsstellen unseres Landes so leicht ausspionieren können. Denn das ist nach wie vor der größte Skandal: unsere Unfähigkeit, das eigene Land effektiv vor Angriffen aller Art zu schützen.

Wenn sich nichts ändert, ändert sich was

Niemand hat das vorausgesehen. Bei den dänischen Parlamentswahlen gestern ist die Dänische Volkspartei die zweitstärkste Kraft im Folketinget, dem Parlament im Nachbarland geworden. In Deutschland würde man sie zweifellos als „rechtspopulistisch“ einstufen, gerade so, als wäre es für Politiker etwas Unanständiges, darauf zu hören, was das populus – Volk denkt und wünscht. Thema

Nummer 1 der Volkspartei ist die Forderung nach strengeren Asylgesetzen. Dieses Thema findet Widerhall, in Dänemark ebenso wie in Schweden, in Frankreich ebenso wie in Österreich, in Großbritannien ebenso wie in Deutschland. In den Kommentaren unserer Medien finden sich heute dazu die sattsam bekannten Relativierungen. So schlimm sei es doch gar nicht in Dänemark, die Leute hätten gar nicht gewusst, auf was sie sich einlassen und so weiter. Niemand in der etablierten Politik beschäftigt sich mit der Frage nach dem Warum. Und so lange sich daran nichts ändert, wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Wenn Fehlentwicklungen ignoriert werden, suchen sich die Menschen halt andere Repräsentanten. Und ja, liebe Gedankenpolizisten, ich bin für die weitere Aufnahme von Flüchtlingen und auch für Zuwanderung. Aber ich bin für Regeln, die dabei eingehalten werden sollten.

Macht den Wilden Westen endlich dicht!

Es ist also wieder passiert. Ein offenbar durchgeknallter Ami geht in eine Kirche in Charleston und erschießt neun Menschen. Auch wenn ich die amerikanische Tradition und den Wunsch von Bürgern, sich selbst verteidigen zu können, gut verstehen kann, ist hier eine rote Linie längst überschritten. Präsident Obama fand heute die richtigen Worte, als er seine Trauer öffentlich ausdrückte und sagte: „Diese Art von Gewalt passiert in anderen Ländern nicht. Nicht in dieser Häufigkeit. Ich musste solche Statements viel zu häufig abgeben.“ Offenbar gibt es eben doch einen Zusammenhang zwischen den hundert Millionen Feuerwaffen, die in amerikanischen Privathaushalten zirkulieren, und den immer wieder stattfindenden Amokläufen. National Rifle Association hin oder her, die amerikanischen Medien und die Bevölkerung müssen in dieser Frage umdenken. Tausende ihrer Mitbürger sterben jedes Jahr durch Schussverletzungen. Die Waffengesetze müssen deutlich restriktiver werden, die Kontrollen sowieso. Das wird nicht einfach in einem Land wie den Vereinigten Staaten. Aber es ist alternativlos.

Übrigens, heute ist der 17. Juni...

Als Journalist ist man naturgemäß viel in Sozialen Netzwerken unterwegs. Ich verbringe (zu) viel Zeit auf Facebook, aber es macht mir großen Spaß, andere Meinungen den eigenen Positionen gegenüberzustellen und mich in Diskussionen mit anderen klugen und schlagfertigen Leuten zu messen. Was mir auch gefällt, ist, dass man auf Facebook keine wichtigen Ereignisse verpasst – persönliche, wie zum Beispiel den Geburtstag von Freunden. Und auch historische. Maueröffnung, Mondlandung, Papst-Wahl – es gibt immer Menschen, die Fotos, Links und persönliche Gedanken zu wichtigen Jahrestagen posten und zur Diskussion stellen. Und wissen Sie, was mir eben auffiel? Heute ist der 17. Juni, der 62.

Jahrestag des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR. Und niemand, kein einziger unter meinen fast 2.000 Facebook-Verpartnerten – Ehe ist das ja bisher noch nicht – hat den 17. Juni 1953 auch nur erwähnt. Irre, oder? Einst ein nationaler Gedenktag mit Festveranstaltungen, Kranzniederlegungen und Politiker-Besuchen auf den Aussichtsplatzformen an der Bernauer Straße in Berlin, heute nicht einmal mehr eine knappe Erwähnung wert. Die Linken verdrängen es, weil es uns an das Totalversagen des real existierenden Sozialismus erinnert. Und die Rechten verdrängen es, weil Fotos russischer Panzer, die gegen Deutsche rollen, so gar nicht zum harmonisierenden Ölgemälde unseres neuen hippen Kreml-Kumpels Vladi passen. Faszinierend, wie Geschichte Stück für Stück ausradiert wird. Aber auch beängstigend....